



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/VIII/267 - 16.11.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Truppenabziehung als politische Drohung	S. 1
Expräsident Truman und die Republikaner	S. 3
Verstärkter Ostzonen-Terror	S. 5
Eine Geste des Hamburg-Blocks	S. 7

## Gefährliches Gerede

Seit einigen Wochen ist das Thema einer möglichen Zurücknahme oder doch wesentlichen Verminderung in Europa stationierter amerikanischer Truppen akut. Die Meldungen sind äusserst ungenau und widerspruchsvoll, sie ignorieren auch zumeist, dass die USA nach den Bestimmungen des Atlantik-Paktes verpflichtet sind, ihre Truppen bis zum Ende des Jahres 1954 in Europa zu belassen, was später wird, soll neuen Vereinbarungen vorbehalten bleiben.

Dieses Hin und Her von Meldungen und Informationen in Westeuropa und vor allem auch in der Bundesrepublik <sup>hat</sup> erhebliche Unruhe geschaffen. Auch der Bundeskanzler sah sich veranlasst, in der Zeitung der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland "Stars and Stripes" einen geradezu beschwörenden Appell an Washington zu richten, eventuell vorhandene Pläne dieser Art aufzugeben. Der Abzug amerikanischer Truppen im gegenwärtigen Stadium würde, so meinte der Kanzler, in Westeuropa Unsicherheit auslösen und die sowjetische Position stärken. Dann würden diese Gerüchte vom Oberbefehlshaber der amerikanischen Armee in Europa, General Hoge, mit Nachdruck demontiert.

Fast gleichzeitig heisst es aber in einer Meldung aus Washington, die Vereinigten Staaten beabsichtigten zwar nicht, die Zahl

in der in Deutschland stationierten sechs sechs Divisionen zu verringern, wohl aber bis Ende 1954 die Mannschaftestärke dieser Einheiten um die Hälfte herabzusetzen. Der Rest solle dann innerhalb von zwei Jahren überhaupt aus Europa zurückgezogen werden. Sozusagen im Austausch dazu sollen angeblich weitere Atomgeschütze -gegen deren Aufnahme sich bekanntlich Frankreich und die Beneluxstaaten gewehrt haben- in die Bundesrepublik gebracht werden.

Es ist nicht anzunehmen, dass diese beunruhigende Diskussion wie vor ungefähr entstanden ist. Aber welche politischen Hintergründe und Motive können sie veranlasst haben? Der Ursprung liegt zweifellos in den USA. An Drohungen dieser Art hat es schon früher nicht gefehlt. Vielleicht schien den Leuten, die die Gerüchtewelle in Gang gesetzt haben, der gegenwärtige Zeitpunkt der grossen EWG-Auseinandersetzung in der französischen Nationalversammlung und der bevorstehenden Bermuda-Konferenz besonders geeignet, das politische Klima in Westeuropa im Sinne der eigenen Wünsche zu beeinflussen. Aber schon früher sind solche Manöver und Druckversuche ihren Urhebern ins Auge gegangen.

Gerade im Falle Frankreich ist das alles ein risikoreiches Spiel, in einem Augenblick, in welchem die Sowjet-Union unter Ausnutzung der anti-deutschen Gefühle in Frankreich gerade krampfhaft um Sympathien wirbt, wie sich das besonders deutlich aus dem Molotov Kommentar zur letzten russischen Note ergab. Auch für die gegenwärtig im Londoner Foreign-Office in Gang befindliche Ausarbeitung eines umfassenden Sicherheitsplanes, der sich sowohl auf die westeuropäischen Länder einschliesslich der Bundesrepublik (nicht auf ganz Deutschland!) als auch auf die Sowjet-Union und ihre Einflussphäre bezieht, wären solche Absichten, wenn sie wirklich beständen, nur schädlich.

Das Gerücht von einer früheren oder späteren Zurücknahme oder Verminderung amerikanischer Truppen in Europa ist, zumindestens unter den heutigen Umständen, nicht geeignet, das Vertrauen in die Beständigkeit der amerikanischen Europapolitik zu stärken. Ein solches Verfahren dient nur dem Samthier von anderer Seite, in diesem Punkt Misstrauen zu säen, mit allen den bedenklichen und gefährlichen Folgen, die sich daraus ergeben können. Die Amerikaner sollten sich sagen, dass sie sich mit der Lancierung solcher Berichte selbst den schlechtesten Dienst erweisen.

Eine neue Welle von Untersuchungen in USA ?Neue Nahrung des McCarthyismus

O.L., New York Mitte November

Wieder wird die amerikanische Öffentlichkeit von einer anti-kommunistischen "Enthüllung" in Atem gehalten. Diesmal war es der Justizminister Brownell, der sich auf McCarthys Pfad begeben hat und den früheren Präsidenten Truman beschuldigte, er hätte als Präsident wesentlich einen "russischen Spion" zuerst als stellvertretenden Minister im Schatzamt gehabt und dann zum amerikanischen Vertreter im Internationalen Währungsfond ernannt. Seit Tagen folgt eine Enthüllung der anderen, eine Entgegnung der anderen. Und schliesslich hat diese Affäre, die offenbar eine neue Etappe der anti-kommunistischen Offensive der Republikaner einleiten soll, -zweifellos um die wachsende Enttäuschung über ihre Politik zu übertönen-, zu einem neuen Höhepunkt der parteipolitischen Auseinandersetzung in Amerika geführt, in die schliesslich auch Eisenhower beschnüffelnd eingreifen musste.

Zwei mit einander durchaus nicht zusammenhängende Fragen sind in dieser sich überstürzenden Affäre vereint worden: Die eine Frage ist: wer Allen Dexter White, ein Professor internationaler Landwirtschaft an der Harvard Universität, einer der aktivsten Mitarbeiter am Übereinkommen von Bretton Woods, bei denen die heutige Weltbank und der internationale Währungsfond geschaffen wurde, ein "russischer Spion"? White ist seit mehr als fünf Jahren tot, er kann sich also nicht verteidigen. Wenige Tage, bevor er im August 1948 einem Herzschlag erlag, wurde er von einem Kongresskomitee einvernommen und erklärte unter Eid er sei kein Kommunist gewesen. Und eine Grand Jury -eine besondere Geschworenenbank, die allein berechtigt ist, eine Anklage zu erheben, hat im Jahre 1947 nach monatelangen Verhören und Überlegungen keine Anklage gegen White erhoben.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage aufgetaucht: kann der Justizminister auf Grund eines Berichtes der Bundespolizei jemand als einen Spion bezeichnen, ohne dass eine gerichtliche oder sonstige objektive Prüfung der Beschuldigungen stattfindet? Der Tote kann sich nicht verteidigen, aber darf die Tatsache, dass eine Geschworenenbank keine Anklage gegen ihn erhob, völlig ausser acht gelassen werden?

Aber der andere viel wichtigere Fragenkomplex ist durch die weitere Entwicklung dieser Affäre aufgetaucht: wie weit gehen die Unter-

sue Jurgen der Kongress-Komitees und machen sie nicht einmal vor dem früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten halt? Dadurch, dass der Obmann des Abgeordnetenhaus-Ausschusses zur Untersuchung "unamerikanischer Aktivitäten", ohne auch nur seine Kollegen zu fragen, den früheren Präsidenten Truman und einen Richter des Obersten Bundesgerichts vorgeladen hat -solche Verladungen sind, wenn nicht befolgt, mit Straf-sanktionen versehen-, ist die amerikanische Öffentlichkeit deutlicher als bisher vor die Tatsache gestellt worden, dass diese Kongress-Komitees oder ihre oft sehr unbedachten Obmänner allmächtig sind und die ihnen verliehene Macht zur Terrorisierung selbst eines ehemaligen Präsidenten verwenden können.

Im letzten Augenblick sah sich Präsident Eisenhower selbst genötigt, einzugreifen und öffentlich die Verladung Trumans zu missbilligen. Dieser Versuch, die Macht der Kongress-Untersuchungen, die die Quelle des Übels, der Freiheitseinschränkungen und des Terrors und der ungeregelten Einvernahmen sind, zu überspannen, ist misslungen. Präsident Eisenhower und die grosse Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit hat sich dagegen gewendet. Der Ausschuss-Obmann, ein Republikaner aus Illinois -übrigens derselbe Mann, der einmal die weltberühmte "Library of Congress", die grösste Bibliothek der Welt, auf "kommunistische Bücher untersuchen wollte- sah sich schliesslich genötigt, die Einvernahme Trumans auf "unbestimmte Zeit" zu verschieben. Und der Ex-Präsident erklärte schliesslich, dass er aus verfassungsrechtlichen Erwägungen der Verladung keine Folge geleistet hätte: eine solche Einvernahme auch eines früheren Präsidenten verstösse gegen die Unabhängigkeit der Exekutive von der Gesetzgebung.

Damit ist wenigstens ein Teil dieser Affäre zu einem gewissen Abschluss gelangt. Die anderen Enthüllungen werden zweifellos weitergehen und man darf sich noch auf so manche Überraschungen gefasst machen. Aber eines ist bisher klar geworden: dass der Untersuchungs-gewalt der Kongress-Ausschüsse Grenzen gesetzt werden sollten und dass es unmöglich ist, dass ein paar Ausschussobmänner, weil sie über die formale Gewalt verfügen, solche Verhöre<sup>zu</sup> erwidern, die gesamte amerikanische Öffentlichkeit terrorisieren können.

Präsident Eisenhower hat schliesslich erkannt, dass er -wie er hofft-, auch einmal Ex-Präsident sein wird und dass kann eine demokratische Mehrheit im Kongress ihn ebenfalls solchen Verhören unterwerfen könnte, dass damit aber die amerikanische Präsidentschaft beeinträchtigt werden könnte. Aber wenn sich ein Präsident oder Ex-Präsident gegen den Untersuchungs-Terror wehren kann, so wäre es umso dringender notwendig, die einfachen Bürger zu schützen.

Zementspritze für SED-Funktionäre

EZ - Berlin, Mitte November

Nach dem Rezept des berühmten französischen Arztes Coué versucht jetzt die SED-Führung, durch eine Art Autosuggestion Schäden an eigener Machtapparatur zu beheben, die sich bisher als unaparabel erwiesen haben. Trotz der Überprüfungs- und Säuberungsaktionen, die sich aufgrund einer Scheinabweisung der ZK-Widerabteilung vor allem gegen alle ehemals der SED angehörenden Mitglieder richteten, war das Selbstvertrauen der SED-Funktionäre bisher nicht wiederherzustellen gewesen. Selbst die neuen Terrormaßnahmen des Ulbricht-Regimes, das langsame Wiedereindrehen der Normenschraube und die brutale Unterdrückung jeder Kritik in Betrieben und auf Parteiversammlungen, brachten es nicht fertig, dem seit dem 17. Juni völlig durcheinander geratenen Funktionärapparat die Zementspritze, d.h. das Bewusstsein der wiedererlangten Stärke, zu geben.

Bewusstseinsmassage

So verfiel man auf den Gedanken, das, was der Terror infolge der geschlossenen Widerstandsfrent des Volkes nicht schaffte, durch eine Art Bewusstseinsmassage im eigenen Funktionärkörper zu erreichen. Seit Anfang November rollt auf der Bühne der Sowjetzonen-Öffentlichkeit das Schauspiel der "rühenden Gerechtigkeit" ab, und zwar in allen Formen, die sich die Fantasie der SED-Spitzenmanager ausdenken vermag. Ziel bleibt in jedem Falle, den eigenen Funktionären die Morsottstange des Überlegenheits- und Herrschaftsbewusstseins wieder einzuzutischen. Dabei spielt natürlich auch der Versuch eine Rolle, einschüchternd auf die Volksmasse und vor allem auf die aktiven Träger des Widerstandstempes zu wirken.

Im Gegensatz zu der bisherigen Praxis, so wenig wie möglich der Bevölkerung einen Einblick in die Arbeit der SED-Gestapo, des sogenannten "Staatssicherheitsdienstes", zu gewähren, geht man seit kurzem daran, die "Riesenerfolge" des GSD ins grelle Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Es begann damit, dass der neue Leiter des GSD, Staatssekretär Wollweber, selbst benützt wurde, vor dem Forum ausgewählter Funktionäre eines Ostberliner Großbetriebes eine "neue Treibjagd auf westliche Agenten" anzukündigen. Mit Riesenschlagzeilen konnte jeder Sowjetzonenbewohner, vor allem aber jeder SED-Funktionär in der Presse lesen, dass der Staatssicherheitsdienst auch noch da sei, ja, dass er künftig als Furie des schonungslosen Hasses eine neue Aktivität ent-

wickeln werde. In dasselbe Horn blies auch der neu gebackene Generalleutnant Nielke, ehemals bei Zaisser Staatssekretär, jetzt anscheinend dazu ausersehen, getreu nach sowjetischem Vorbild eine eigene militärische Truppe des SSD aufzubauen, nachdem sich die Vopo als in jeder Weise durchlöchert erwiesen hat. Allein bis Oktober sind über 4000 Vopos nach Westberlin geflüchtet.

"In engsten Kontakt mit der gesamten Bevölkerung"

Da die SED-Funktionäre trotz des verstärkten Terrors in den Betrieben und neuer Verhaftungen von Widerstand leistenden Arbeitern die wahre Volksfront gegen das Regime nicht zerbröckeln, sondern sich weiter verstärken sahen, also keinen Grund zur Schöpfung neuen Kates hatten, präsentierte ihnen die Sowjetzonenregierung dann auf einer Pressekonferenz einen Beweis dafür, dass schon jetzt die "westlichen Agentenorganisationen", eingeschüchtert und erschreckt, die Flinte ins Korn zu werfen beginnen. Man liess einen "Westberliner Chefagenten" aufmarschieren, der sich in "ehrlicher Überzeugung über das Verbrecherische seiner bisherigen Taten" reumütig des SSD in Ostberlin gestellt hatte und über 60 seiner ostzonalen Mitarbeiter hatte hochgehen lassen. Die Pointe des Schauspiels: Die "Gerechtigkeit" hatte gesiegt. Sie war in persona auf der Pressekonferenz von dem SSD-Oberst Borrmann repräsentiert, einem jovial ausschenden alten Herrn, der den staunenden Pressevertretern versicherte, der Staatssicherheitsdienst "arbeite in engsten Kontakt mit der gesamten Bevölkerung gegen die Spione und Saboteure zusammen".

Nicht genug damit: Die von den obersten SED-Managern verabreichte Zementpritze gegen die Knochenerweichung des Funktionärkörpers hat auch einen gehörigen Schuss Kraftmeiertum in sich. Verkündete doch dieser Tage der Kader-Chef der SED, Schirdewan, man werde jetzt auch die "politische Argumentation der SPD in der Bundesrepublik zerschlagen". Und dies in einem Augenblick, in dem man trotz der Riesenerfolge der SSD in der Sowjetzone Tag für Tag gegen die "Seuche des Sozialdemokratismus" angehen muss, wie von den Spitzenfunktionären immer wieder eingestanden wird.

## Die Geste des Hamburg-Blocks

I.R.Hamburg

Die Erklärung der Parteien des Hamburg-Blocks, bei der Wahl des Präsidenten der Hamburger Bürgerschaft für den bisherigen sozialdemokratischen Präsidenten Adolph Schönfelder zu stimmen, darf nicht als Bekenntnis zu einem Verständigungswillen mit der SPD gewertet werden, auch wenn es der Hamburg-Block aus durchsichtigen Gründen gern so gewertet wissen möchte. In der politisch entscheidenden Frage der Senatsbildung hat der Hamburg-Block von vornherein auf jede Fühlungnahme mit der SPD verzichtet und damit seinen Willen dokumentiert, nicht nur ohne, sondern auch gegen die Sozialdemokratie zu regieren.

Die Bereitschaft des Hamburg-Blocks, für den Sozialdemokraten Schönfelder zu stimmen, ist aus rein taktischen Zweckmäßigkeitserwägungen erfolgt. Die SPD hat von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie den Hamburg-Block nicht als eine einheitliche Fraktion anzusehen vermag. Nach der Geschäftsordnung der Hamburger Bürgerschaft besteht eine Fraktion aus Mitgliedern, die der gleichen Partei angehören sollen. Der "Hamburg-Block (CDU, FDP, DF)" aber ist, wie seine offizielle Namensgebung aufzeigt, eine Zusammenfassung von drei Parteien.

Zwar bestreitet der Hamburg-Block die Richtigkeit der sozialdemokratischen Auffassung, offenbar aber sind sich seine Väter ihrer Sache doch nicht ganz sicher. Auch rechneten sie sehr stark mit der Möglichkeit, dass bei einer Kampfabstimmung in der Bürgerschaft der hochangesehene Sozialdemokrat Schönfelder auch einige Stimmen aus den Reihen des Hamburg-Blocks erhalten und damit die Mehrheit erringen könnte. Aus diesem Grunde zogen sie es vor, "eine Geste" zu machen.

Die in den Zeitungen stark diskutierte Frage, ob sich damit nicht das Mehrheitsverhältnis im Bürgerausschuss, eine Art "kleiner Bürgerschaft" mit gewissen verfassungsrechtlichen Kontrollaufgaben, zu Ungunsten des Hamburg-Blocks verändere, da bei 10 SPD- und 10 Blockstimmen der Präsident den Ausschlag gäbe, ist dadurch gegenstandslos geworden, dass Präsident Schönfelder darauf verwies, er habe bisher noch nie von einer solchen Stichentscheidung Gebrauch gemacht und werde seine Haltung auch in Zukunft nicht ändern. Die Bedeutung des Bürgerausschusses ist übrigens in einem Teil der Presse übertrieben worden.

---

Verantwortlich: Peter Raunau